

1

2

# Erneuerung und Zusammenhalt

3

## Nachhaltige Politik für Niedersachsen

4

### Koalitionsvertrag

5

6

zwischen

7

8

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)

9

Landesverband Niedersachsen

10

11

und

12

13

Bündnis 90/Die Grünen

14

Landesverband Niedersachsen

15

16

17

für die 17. Wahlperiode des Niedersächsischen Landtages

18

2013 bis 2018



2712 **Für eine bäuerliche, verbraucher- und tiergerechte,**  
2713 **zukunftsfähige Landwirtschaft**

2714 **Verbraucherschutz**

2715 Die rot-grüne Koalition will die Marktmacht der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken. Verbraucherschutz  
2716 ist eine Querschnittsaufgabe mit Schnittstellen zur Gesundheits-, Umwelt-, Bildungs-, Wirtschafts- und  
2717 Agrarpolitik. Die Verbraucherpolitik der rot-grünen Koalition misst sich an den Grundsätzen einer  
2718 umfangreichen Transparenz, guter Verbraucherinformation und moderner Verbraucherbildung. Der  
2719 Verbraucherschutz (inkl. Verbraucherzentralen) soll in einem Ressort mit Landwirtschaft und Tierschutz  
2720 zusammengeführt werden.

2721 **Verbraucherpolitische Landesinitiativen**

2722 **Restaurant-Barometer**

2723 Eine bundeseinheitliche Lösung wird angestrebt. Sollte es bis Ende 2013 keine Bundesregelung geben, dann  
2724 wird die rot-grüne Koalition ein auf Länderebene abgestimmtes Restaurant-Barometer als Landesregelung  
2725 verabschieden.

2726 **Verbraucherzentralen zum Marktwächter machen**

2727 Neben der Verbraucherberatung will die rot-grüne Koalition die Verbraucherorganisationen zu Marktwächtern  
2728 ausbauen. Sie sollen u.a. in den Bereichen Finanzmarkt, Energie, Ernährung, Gesundheit und Digitale Welt die  
2729 Märkte aus Verbrauchersicht beobachten, unlautere Geschäftspraktiken aufspüren und Hinweise auf  
2730 Missstände an die Aufsichtsbehörden weitergeben. Die rot-grüne Koalition will die Niedersächsische  
2731 Verbraucherzentrale stärken. Mit einer Vereinbarung über die finanzielle Ausstattung und den Ausbau der  
2732 Beratungsstellen wird ihr Planungssicherheit gegeben. Als ersten Schritt soll die von der Vorgängerregierung  
2733 veranlasste Kürzung rückgängig gemacht werden.

2734 **Schulen/Verbraucherbildung**

2735 Verbraucherbildung muss in das Schulleben integriert werden. Die rot-grüne Koalition will erreichen, dass  
2736 Ernährungs- und Verbraucherbildung im Rahmen der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung auch in  
2737 der Schule verstärkt wird. Dort sollen elementare Kenntnisse in Ernährung, Medienkompetenz und Finanzen  
2738 vermittelt werden.

2739 Niedersachsens soll sich am EU-Schulobstprogramm beteiligen. Für die Kofinanzierung der EU-Mittel (50  
2740 Prozent) soll an Landesgeldern eine Million Euro p.a. eingesetzt werden.

2741 **Information der Öffentlichkeit und Transparenz/Informationsfreiheitsgesetz**

2742 Die rot-grüne Koalition will mit allen maßgeblichen Akteuren ein Konzept zur Stärkung von Öffentlichkeit und  
2743 Transparenz entwickeln. Das Informationsbedürfnis der Verbraucherinnen und Verbraucher erfordert klare  
2744 Kennzeichnungen nicht nur der in einem Produkt enthaltenen Stoffe, sondern auch der sozialen und  
2745 ökologischen Bedingungen der Produktion. Die rot-grüne Koalition will daher u.a. regionale Marken sowie die  
2746 Kennzeichnung der Haltungsbedingungen und den Einsatz gentechnisch veränderter Futtermittel bei tierischen  
2747 Lebensmitteln.

2748 Die rot-grüne Koalition wird

- 2749 • ein Landes-Informationsfreiheitsgesetz beschließen. Sie orientiert sich dabei am Hamburger  
2750 Transparenzgesetz.

2751 **Verbraucherkommission**

2752 Die rot-grüne Koalition wird

- 2753 • eine Verbraucherkommission auf Landesebene als unabhängiges Expertengremium einsetzen. Sie  
2754 soll die Landesregierung in grundsätzlichen Fragen der Verbraucherpolitik beraten und

2755 Handlungsempfehlungen entwickeln. Der Kommission gehören Vertreterinnen und Vertreter aus  
2756 Verbraucherorganisationen, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien an. Die Geschäftsführung wird beim  
2757 Ministerium liegen.

2758 • für stärkere Vernetzung der Verbraucherforschung / eines Kompetenzzentrums ggf. in Kooperation mit  
2759 weiteren Bundesländern sorgen.

#### 2760 **100-Kantinen-Programm**

2761 Die rot-grüne Koalition wird

2762 • die Niedersächsische Marketinggesellschaft verstärkt bei der Vermarktung regional, klimafreundlich  
2763 und artgerecht erzeugter Lebensmittel, z.B. für ein „100-Kantinen- Programm“ einsetzen. Ferner  
2764 unterstützt die rot-grüne Koalition freiwillige Anstrengungen von Betrieben und öffentlichen  
2765 Einrichtungen für vegetarische Tage und Angebote.

#### 2766 **Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (LAVES)**

2767 Die rot-grüne Koalition will deutliche Verbesserungen bei den amtlichen Kontrollen des Verbraucherschutzes  
2768 erreichen und dies, wie vom Landesrechnungshof angemahnt, durch kostendeckende Gebühren  
2769 gegenfinanzieren. Hier ist eine Verlagerung von aufsichtsrechtlichen Kompetenzen an das LAVES zu prüfen.

2770 Die rot-grüne Koalition wird

2771 • im engen Dialog mit den Kommunen prüfen, ob die Kontrollaufgaben für Großbetriebe (nicht-KMU) im  
2772 Lebensmittelbereich durch das LAVES durchgeführt und so die Kommunen entlastet werden können.

2773 • das LAVES personell, finanziell und rechtlich stärken.

#### 2774 **Verbraucherpolitische Bundesinitiativen**

2775 Die rot-grüne Koalition wird sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass der Zinssatz von **Dispozinsen** für vereinbarte  
2776 Kontoüberziehungen auf maximal acht Prozentpunkte über dem Basiszinssatz begrenzt wird

2777 Kreditinstitute gesetzlich verpflichtet werden, jedem Verbraucher ein Girokonto auf Guthabenbasis als  
2778 **Guthabenkonto („Girokonto für Jedermann“)** anzubieten. Das Konto darf nicht mit höheren  
2779 Kontoführungsgebühren belastet werden als ein reguläres Girokonto.

2780 ein Anteil von 20 Prozent der vom Bundeskartellamt verhängten Geldbußen wegen Kartellrechtsverstößen als  
2781 **Kartellbußgelder zur Finanzierung der Verbraucherarbeit** verwendet wird. Gleichzeitig werden die gesetzlichen  
2782 Grundlagen der Vorteilsabschöpfung in § 34a GWB grundlegend mit dem Ziel überarbeitet, das Instrument praxisnah  
2783 auszugestalten und das Prozesskostenrisiko zu reduzieren.

2784 als **Verbraucherschutz am Finanzmarkt** eine Stärkung der Finanzmarktaufsicht erfolgt. Dazu gehört die Aufnahme  
2785 des Verbraucherschutzes als Aufgabe der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), die Einrichtung  
2786 eines Finanzmarktwächters sowie der Ausbau der Kontrollinstrumente („mysteryshopping“, das Verbot des Angebots  
2787 eigener oder besonders risikoreicher und komplexer Finanzprodukte etc.). Auch die unabhängigen Finanzvermittler, -  
2788 makler und -berater, sowie die Preisaufsicht über Finanzprodukte sollen zukünftig der Aufsicht der BaFin  
2789 unterstehen.

#### 2790 **Tierschutz**

##### 2791 **Tierversuche**

2792 Die rot-grüne Koalition setzt sich auf allen Ebenen für eine Absenkung der Tierversuche und die Förderung von  
2793 Alternativen ein. Dazu gehört die Zielbestimmung „Alternativen zu Tierversuchen“ in das Tierschutzgesetz. Es  
2794 soll geprüft werden, inwieweit die Landesforschungsinstitute und Hochschulen in der Forschung und in der  
2795 Etatvergabe neue Schwerpunkte zu Alternativmethoden zu Tierversuchen setzen können.

##### 2796 **Förderung von Tierheimen**

2797 Die rot-grüne Koalition wird für die Sanierung von Tierheimen zusätzliche Landesmittel zur Verfügung stellen.  
2798 Die Förderung wird an die Bereitstellung eines Eigenanteils geknüpft.

- 2799
- 2800 **Förderung der Katzenkastration**
- 2801 Die rot-grüne Koalition will eine Landesverordnung zur Katzenkastration einführen, sobald das  
2802 Tierschutzgesetz des Bundes dieses zulässt. Die bisherige Förderung für Kommunen durch das Land soll  
2803 beibehalten werden.
- 2804 **Tierschutz-Verbandsklagerecht**
- 2805 Die rot-grüne Koalition will das Verbandsklagerecht (Feststellungsklage) für anerkannte Tierschutzverbände auf  
2806 Landesebene einführen.
- 2807 **Tierschutzbeauftragte**
- 2808 Die rot-grüne Koalition wird
- 2809 • eine/en hauptamtliche/n Tierschutzbeauftragte/n mit Geschäftsstelle beim Ministerium einrichten.  
2810 Der/die Tierschutzbeauftragte soll zudem die Geschäftsführung des Tierschutzbeirats übernehmen.
- 2811 **Ländliche Räume – bäuerliche, tiergerechte vielfältige**  
2812 **Landwirtschaft**
- 2813 **Neue Politik für die ländlichen Räume**
- 2814 Die rot-grüne Koalition will die ländlichen Räume in Zukunft als Wirtschafts-, Lebens-, Natur- und  
2815 Erholungsraum erhalten und ihre Potenziale weiter ausbauen. Ihr Ziel ist mehr Nachhaltigkeit, Beschäftigung  
2816 und Wertschöpfung in den ländlichen Räumen. Dafür soll verstärkt in die Ausbildung und Qualifikation der  
2817 Menschen investiert werden.
- 2818 Die rot-grüne Koalition wird bei der Entwicklung der ländlichen Räume auf die Themen Inklusion und  
2819 Barrierefreiheit ein besonderes Augenmerk richten; sie sind Grundlagen für mehr Lebensqualität und -komfort  
2820 für alle Bürgerinnen und Bürger, aber besonders für Menschen mit Behinderungen. Damit wird der Verbleib  
2821 mobilitätsbeeinträchtigender Menschen in ihrem gewohnten Lebensraum gewährleistet.
- 2822 Auf regionaler Ebene will die rot-grüne Koalition den Folgen des demografischen Wandels und der strukturellen  
2823 Schwächen auch mit integrierten Strategien zur ländlichen Entwicklung begegnen.
- 2824 Die verschiedenen Politikbereiche sollen besser auf die spezifischen Bedürfnisse der Menschen im ländlichen  
2825 Raum abgestimmt werden. Daher will die rot-grüne Koalition auf Landesebene eine Politik zur nachhaltigen  
2826 Entwicklung der ländlichen Räume erarbeiten. Sie wird die regionale Strukturpolitik, die ökologischen Ziele und  
2827 die Agrarförderung stärker miteinander verzahnen. So fördert sie insbesondere kleinere und mittlere  
2828 Unternehmen, die mit ihrem hohen Anteil an der Wertschöpfung das wirtschaftliche Rückgrat unseres  
2829 Bundeslandes bilden.
- 2830 Das Land benötigt eine Verwaltungsstruktur, die alle Belange der Entwicklung des ländlichen Raumes  
2831 bearbeitet. Dazu gehört ein Dialogprozess mit allen Beteiligten in den Regionen zur Etablierung von Leitbildern  
2832 der nachhaltigen Entwicklung. Die rot-grüne Koalition will die Landesförderung anhand dieser Leitbilder und  
2833 entsprechend dem Verfassungsgebot der Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen vor allem auf die vom  
2834 demografischen Wandel besonders betroffenen und politisch bisher vernachlässigten Räume konzentrieren.
- 2835 **Zukunftsgerechte Landwirtschaft**
- 2836 Die rot-grüne Koalition will Niedersachsens Spitzenplatz als Agrarland Nr. 1 im Bund sichern, die  
2837 niedersächsische Ernährungs- und Agrarwirtschaft verbraucher- und umweltgerecht dafür neu aufstellen und  
2838 damit wettbewerbsfähig und zukunftsfähig gestalten.
- 2839 Gleichzeitig setzt sich die rot-grüne Koalition in Schlachtunternehmen und der gesamten Ernährungswirtschaft  
2840 sowie in der gesamten Land- Forst- und Fischereiwirtschaft für humane Arbeitsbedingungen, einen  
2841 gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro und die Einhaltung umfassender Arbeitnehmerrechte ein. Dazu gehört

2842 auch der bessere Schutz von Beschäftigten bei Meldung von Rechtsverstößen an eine anonyme Meldestelle.  
 2843 Missbrauch von Werkverträgen, Leiharbeit, Dumpinglöhnen und unzumutbaren Arbeits-, Sozial- und  
 2844 Wohnbedingungen wird die rot-grüne Koalition gezielt bekämpfen. Dies betrifft auch die Zuverlässigkeit der  
 2845 Werkvertragsnehmer hinsichtlich hygienerechtlicher EU-Vorgaben.

2846 Ziel der rot-grünen Koalition ist eine ressourcen- und umweltschonende, qualitativ hochwertige und  
 2847 multifunktional ausgerichtete Landwirtschaft, die gute Arbeit und Einkommen im ländlichen Raum sichert. Sie  
 2848 will die Wettbewerbsfähigkeit der konventionellen und ökologischen Landwirtschaft fördern, deren beider Stärke  
 2849 in Qualität und Nachhaltigkeit bestehen soll. Statt einer Politik des Wachsens oder Weichens wird die rot-grüne  
 2850 Koalition gezielt die rund 40.000 bäuerlichen Familienbetriebe in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen.

2851 Die rot-grüne Koalition wird die Wertschätzung für eine Landwirtschaft erhöhen, die in die Regionen und die  
 2852 ländliche Gemeinschaft eingebunden und deren Handeln darauf ausgerichtet ist, die natürlichen  
 2853 Lebensgrundlagen zu sichern. Sie will, dass die Landwirtschaft die steigende Nachfrage der Verbraucherinnen  
 2854 und Verbraucher nach regionalen und ökologischen Produkten bedienen kann, die Biodiversität und das  
 2855 Bodenleben fördert, mit Tieren artgerecht umgeht und den Bäuerinnen und Bauern wie allen Beschäftigten in  
 2856 der Ernährungswirtschaft ein angemessenes Einkommen und faire Löhne sichert. Für diese Neuausrichtung  
 2857 will die rot-grüne Koalition einen breiten und intensiven Dialogprozess mit Landwirtschaftsorganisationen,  
 2858 Kommunen, Verbraucher-, Tierschutz- und Umweltverbänden initiieren.

2859 Die niedersächsische Landwirtschaft muss ihren Beitrag dazu leisten, die ökologischen Herausforderungen zu  
 2860 bewältigen. Der Klimawandel, die Erhaltung der biologischen Vielfalt sowie die nachhaltige Sicherung der  
 2861 Boden- und Wasserhaushalte sind dabei die wichtigsten Zukunftsaufgaben. Die rot-grüne Koalition wird sie  
 2862 dabei unterstützen.

2863 Die Landwirtschaft braucht Produktionsformen, die unsere natürlichen Ressourcen nachhaltig nutzen und die  
 2864 ländlichen Räume nicht belasten. Dem wird die rot-grüne Koalition die ordnungsrechtlichen Vorgaben anpassen  
 2865 und die Förderinstrumente neu ausrichten.

2866 Die rot-grüne Koalition wird im Gartenbau innovative Perspektiven stärken und die Energieeffizienz in diesem  
 2867 Bereich erhöhen. Alternativen zur Torfnutzung wollen wir etablieren.

## 2868 **Europäische Agrarpolitik**

2869 Die Landesregierung setzt sich auf EU-Ebene dafür ein, dass die pauschalen Einkommensstützungen  
 2870 schrittweise zurückgeführt werden. An ihre Stelle muss ein System der Entlohnung gesellschaftlich  
 2871 gewünschter Leistungen treten – vor allem von solchen Leistungen, die dem Klimaschutz, der Erhaltung der  
 2872 biologischen Vielfalt, der Bodenfruchtbarkeit sowie dem Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutz dienen.

2873 Deshalb setzt sich die rot-grüne Koalition gegenüber der Bundesregierung und auf europäischer Ebene für  
 2874 wirksame Vorgaben zum „Greening“ in der EU-Agrarpolitik wie die Einhaltung von Fruchtfolgen, den Erhalt von  
 2875 Grünland und die Ausweisung ökologischer Vorrangflächen ein. Zudem tritt sie für eine Erhöhung der Ansätze  
 2876 zur Förderung des ländlichen Raumes im Rahmen des ELERs ein.

2877 Die rot-grüne Koalition wird sich auf Bundesebene mit Nachdruck dafür einsetzen, dass Deutschland ab dem  
 2878 Jahr 2014 alle Umschichtungsmöglichkeiten von der Ersten in die Zweite Säule voll nutzt und umsetzt.

2879 Die ELER-Nachfolgefonds sollen vollumfänglich für den ländlichen Raum eingesetzt werden.

2880 Mit dem zusätzlichen Geld sollen insbesondere Maßnahmen zur integrierten ländlichen Entwicklung sowie die  
 2881 Junglandwirte in Niedersachsen gefördert werden.

## 2882 **Agrarpolitik auf Landesebene**

2883 Nachhaltige und klimaschonende Landbewirtschaftung

2884 Die rot-grüne Koalition wird

- 2885 • die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe konsequent auf eine nachhaltige und klimaschonende
- 2886 Landbewirtschaftung ausrichten. Sie wird Natur- und Artenschutz als integralen Bestandteil attraktiver
- 2887 Lebensräume aufwerten. Durch gezielte Agrarumweltmaßnahmen soll die ökologische Infrastruktur
- 2888 ausgebaut werden. Niedersachsen ist bisher bundesweites Schlusslicht bei der Förderung der
- 2889 Agrarumweltprogramme.

- 2890 • Agrarumweltmaßnahmen grundsätzlich stärken und ein landesweites Bienenweideprogramm  
2891 auflegen. Die rot-grüne Koalition will jene Agrarumweltmaßnahmen aufwerten, die gleichzeitig  
2892 mehreren umweltpolitischen Zielen dienen, und diejenigen streichen, die weitgehend der guten  
2893 fachlichen Praxis entsprechen.
- 2894 • den Anteil der Agrarumwelt- und Naturschutzförderprogramme an der ELER-Förderung in der  
2895 kommenden Förderperiode ab 2014 deutlich erhöhen.
- 2896 • Die auf hohem Niveau verharrenden und in den vergangenen Jahren in manchen Teilen  
2897 Niedersachsens weiter gestiegenen Belastungen des Grund- und Oberflächenwassers sowie der  
2898 küstennahen Meere insbesondere mit Nitrat und Phosphat aus der landwirtschaftlichen Düngung  
2899 sollen deutlich reduziert werden.
- 2900 Die rot-grüne Koalition wird
- 2901 • wirksame Instrumente der Kontrolle eines ordnungsgemäßen Einsatzes organischer und mineralischer  
2902 Düngemittel etablieren. Dazu gehört u.a. die Einführung eines flächendeckenden Düngekatasters.  
2903 Außerdem werden verbindliche Standards für qualifizierte Flächennachweise entwickelt, regelmäßig  
2904 überprüft und mit den realen Tierzahlen abgeglichen.
- 2905 • das Instrument der Flurbereinigungen künftig nur noch im Sinne der dargestellten agrar- und  
2906 umweltpolitischen Zielsetzungen sowie einer nachhaltigen Regionalentwicklung einsetzen. Laufende  
2907 Verfahren, die diesen Zielsetzungen zuwiderlaufen, werden– soweit möglich und sinnvoll – beendet.  
2908 Die Förderung des land- und forstwirtschaftlichen Wegebaus wird eingeschränkt. Diese Vorhaben  
2909 müssen zugleich der Allgemeinheit dienen und zugänglich sein.
- 2910 Um die aus umwelt- und entwicklungspolitischer Sicht problematischen Soja-Importe zu verringern, will die rot-  
2911 grüne Koalition mit der Entwicklung einer niedersächsischen Eiweiß-Strategie die konzeptionelle Grundlage für  
2912 einen verstärkten Anbau von Eiweißpflanzen legen. Damit wird sich auch die Vielfalt der Kulturen auf unseren  
2913 Feldern erhöhen, die in den vergangenen Jahren stetig abgenommen hat.
- 2914 In der Biomasseproduktion für die Energieerzeugung setzt die rot-grüne Koalition vor allem auf die Nutzung von  
2915 Reststoffen und auf umwelt- und landschaftsverträgliche nachwachsende Rohstoffe. Um Monokulturen und  
2916 Bodendegeneration zu verhindern und Oberflächen- und Grundwasser zu schützen sind ordnungsrechtliche  
2917 Maßnahmen zu prüfen. Durch eine Bundesratsinitiative zum Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) sollen  
2918 falsche Anreize beim Energiepflanzenanbau abgebaut werden.
- 2919 Um großflächigen Monokulturen z.B. von Mais bei nachwachsenden Rohstoffen entgegen zu wirken, will die  
2920 rot-grüne Koalition im EEG die Förderung nachwachsender Rohstoffe zugunsten von Reststoffen deutlich  
2921 reduzieren und mehr Vielfalt bei der Energiepflanzennutzung vorschreiben.
- 2922 Die rot-grüne Koalition wird
- 2923 • den Anbau ökologischer Alternativen wie Wild- und Blühpflanzen stärken. Zum Schutz der Bienen wird  
2924 sie mit den Verbänden eine konsequente Strategie im Sinne des Natur- und Artenschutzes erarbeiten,  
2925 die auch ein verstärktes Vorgehen gegen Bienengifte beinhaltet.

## 2926 **Tiergerechte Tierhaltung**

- 2927 In Niedersachsen führen die Ansiedlung großer Tierhaltungsanlagen und die Art der Tierhaltung zu erheblichen  
2928 Akzeptanzproblemen in der Bevölkerung. Obwohl der Tierschutz seit dem Jahr 1993 in der Verfassung  
2929 verankert ist, gibt es in diesem Bereich noch viele Defizite.
- 2930 Die rot-grüne Koalition wird sich auf allen Ebenen, insbesondere bei Bund und EU, für die Einhaltung  
2931 und Einführung hoher Tierschutzstandards einsetzen. Dazu gehört unter anderem die schnelle Beendigung der  
2932 Käfighaltung von Hühnern, der Verzicht auf das Amputieren oder das Verstümmeln von Tieren, die  
2933 Durchsetzung des Verbots von Qualzuchten und Schenkelbrand, die schnelle Beendigung der  
2934 betäubungslosen Ferkelkastration sowie die Begrenzung von Tiertransporten auf maximal vier Stunden.
- 2935 Auf Bundesebene wird sich die rot-grüne Koalition dafür einsetzen, dass die Voraussetzungen für ein  
2936 obligatorisches Prüf- und Zulassungsverfahren für Haltungssysteme aller Nutztiere geschaffen werden  
2937 (Tierschutz- TÜV). Sie will die bisher nicht erfassten landwirtschaftlichen Nutztiere in die Tierschutz-  
2938 Nutztierhaltungsverordnung aufnehmen – und so ändern, dass Nutztiere tiergerecht gehalten werden können,  
2939 indem u.a. ein verbessertes Platzangebot, Strukturierung der Haltungsanlagen etc. festgelegt werden.

- 2940 Ziel der rot-grünen Koalition ist die Umsetzung einer umfassenden Tierwohl-Strategie für die gesamte  
2941 niedersächsische Nutztierhaltung. Dafür wird sie die Vorarbeiten im Rahmen des niedersächsischen  
2942 Tierschutzplanes verbessern, fortsetzen und mit ambitionierten Zeitplänen unterlegen. Die  
2943 gute Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern wird  
2944 fortgeführt. Die erforderlichen Maßnahmen werden mit den Verbänden zeitnah diskutiert, um dann konkrete  
2945 und verbindliche Umsetzungsvorschläge zu erarbeiten.
- 2946 Tierschutzgesetz und Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung wird die rot-grüne Koalition durch  
2947 Rechtsvorgaben strikt umsetzen und kontrollieren. Dazu gehören auch eine bessere Verfolgung von Delikten  
2948 und die Verstärkung der Schwerpunktstaatsanwaltschaften. In Kooperation mit dem Bund und den Ländern  
2949 wird das niedersächsische Tierwohl-Konzept mit einer effizienten und transparenten Antibiotika-  
2950 Minimierungsstrategie unterlegt.
- 2951 Die rot-grüne Koalition wird
- 2952 • den Antibiotikaeinsatz in den nächsten fünf Jahren um mindestens 50 Prozent reduzieren, um  
2953 Resistenzen zu vermeiden und die Verbreitung auch der für den Menschen gefährlichen multi-  
2954 resistenten Krankheitserreger einzudämmen.
- 2955 Eine Politik, die auf den weiteren Zubau großer Intensivtierhaltungsanlagen abzielt, wird abgelehnt. Deshalb  
2956 wird sich die rot-grüne Koalition im Bundesrat dafür einsetzen, dass die Kommunen unter anderem durch eine  
2957 Novellierung des § 35 Baugesetzbuch effektive Steuerungsmöglichkeiten erhalten.
- 2958 Im Außenbereich sollen zukünftig nur noch Ställe privilegiert sein, die keiner immissionsschutzrechtlichen  
2959 Genehmigung bedürfen.
- 2960 In besonders tierdichten Regionen ab zwei Großvieheinheiten pro Hektar soll die Genehmigung neuer Ställe  
2961 stärker an den Nachweis eigener Futtergrundlagen und eine ortsnahe Gülleverwertung geknüpft werden.
- 2962 Die Emissionen aus Tierhaltungsanlagen verursachen erhebliche Belastungen für Natur und Umwelt und  
2963 können erhebliche Gesundheitsbeeinträchtigungen darstellen.
- 2964 Die rot-grüne Koalition wird
- 2965 • die Anwohnerinnen und Anwohner durch eine Fachprüfung des Keimschutzes im Zuge  
2966 immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren und im Rahmen der regelmäßigen  
2967 gewerbeaufsichtlichen Überprüfung vor diesen Gefahren schützen. Ferner müssen die Emissionen  
2968 von Stäuben, Stickstoffverbindungen und Keimen aus neu zu genehmigenden  
2969 Intensivtierhaltungsanlagen entsprechend der „besten verfügbaren Technik“ minimiert werden.
- 2970 Die Einhaltung der Rettungsanforderungen von Tieren im Brandschutz muss im Rahmen des  
2971 immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens zur Errichtung von Stallanlagen nachgewiesen werden.
- 2972 **Agrarinvestitionsförderprogramm**
- 2973 In der Agrarinvestitionsförderung setzt sich die rot-grüne Koalition dafür ein, dass Investitionskostenzuschüsse  
2974 nur noch für diejenigen Stallbauvorhaben gezahlt werden, die weit über den gesetzlichen  
2975 Mindestanforderungen liegende Tierschutzstandards erfüllen und die Schwellenwerte nach der BImSchG  
2976 unterschreiten.
- 2977 **Faire Agrarpolitik für Bauern und Verbraucher**
- 2978 Die rot-grüne Koalition will die Marktstellung aller landwirtschaftlichen Erzeuger und ihrer Marktorganisationen  
2979 stärken. Daher setzt sie sich für eine bessere Mengenbündelung ein. Dabei sollen u.a. die Neugründung von  
2980 Milcherzeugergemeinschaften und Angebote für fair gehandelte Milchprodukte besser unterstützt werden.
- 2981 Gemeinsam mit Bäuerinnen und Bauern und mittelständischen Molkereien wird ein Weidemilchprogramm zum  
2982 Schutz des Grünlandes initiiert.
- 2983 Die rot-grüne Koalition wird einen Aktionsplan zur Verbesserung der Versorgung mit regionalen  
2984 Qualitätsprodukten aus Niedersachsen erarbeiten und umsetzen.
- 2985 Die rot-grüne Koalition befürwortet zum Schutz fairer Preise die Verlängerung der Zuckermarktordnung bis  
2986 mindestens 2020.



**2987 Ökolandbau bedarfsgerecht ausbauen**

2988 Niedersachsen bildet beim Ökolandbau mit einem Anteil von lediglich 2,8 Prozent an der gesamten  
2989 landwirtschaftlichen Nutzfläche bundesweit das Schlusslicht. Gleichzeitig werden jedoch Biolebensmittel immer  
2990 stärker nachgefragt. Die rot-grüne Koalition will Anreize setzen, damit mehr Biolebensmittel aus heimischer  
2991 Erzeugung in den Handel gelangen. Zur Förderung des Ökolandbaus wird sie die Umstellungs- und  
2992 Beibehaltungsprämie deutlich anheben, um das Angebot heimischer Ökoprodukte zu erhöhen.

2993 Durch den Ausbau der Beratung, z.B. durch das Kompetenzzentrum Ökolandbau, wird die rot-grüne Koalition  
2994 ökologisch wirtschaftende und umstellungswillige Betriebe gezielt unterstützen sowie die Forschung im Bereich  
2995 der Pflanzenzüchtung und der Tiergenetik ausbauen. Sie wird einen Förderschwerpunkt auf regionale  
2996 Verarbeitungs- und Vermarktungsstrategien für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) legen. Die ökologische  
2997 Agrarforschung soll deutlich ausgeweitet und der ökologische Landbau sowie Nachhaltigkeit zu einem  
2998 obligatorischen Bestandteil in Studium und Ausbildung der Landwirtinnen und Landwirte gemacht werden.

**2999 Agrobiodiversität**

3000 Die rot-grüne Koalition wird einen Schwerpunkt auf die Unterstützung und Erhaltung vom Aussterben bedrohter  
3001 Nutztierassen und Pflanzensorten legen und das Engagement der Züchter und Tierhalter für die Erhaltung der  
3002 Artenvielfalt honorieren.

**3003 Gentechnikfreies Niedersachsen**

3004 Im Verbund mit der Landwirtschaft wird die rot-grüne Koalition alle Möglichkeiten ausschöpfen, Niedersachsen  
3005 gentechnikfrei zu halten und dafür keine Fördermittel bereitstellen. Im Bundesrat wird sich die Landesregierung  
3006 dafür einsetzen, dass es keine weiteren Lockerungen am derzeitigen Gentechnikgesetz geben wird und die  
3007 Verursacher entsprechender Kontaminationen zum Schadenersatz herangezogen werden. Niedersachsen wird  
3008 dem Bündnis der gentechnikfreien Regionen beitreten. Die rot-grüne Koalition wird dafür sorgen, dass auf  
3009 landeseigenen Flächen keine Gentechnik eingesetzt werden darf. Sie setzt sich dafür ein, dass jede  
3010 Verunreinigung von Saatgut, Futter- und Lebensmitteln durch gentechnisch veränderte Organismen im Sinne  
3011 einer echten Null-Toleranz vermieden wird. Damit die Verbraucherinnen und Verbraucher die klare Wahl  
3012 haben, soll eine Kennzeichnung erfolgen. Dazu gehört auch eine Positiv-Kennzeichnung tierischer Produkte,  
3013 die nachweislich ohne den Einsatz gentechnisch veränderter Futtermittel erzeugt werden. Das Projekt  
3014 HannoverGEN wird beendet.

**3015 Zeitgemäße und naturnahe Jagd**

3016 Zeitgemäße und naturnahe Jagd muss sich an ökologischen Prinzipien ausrichten und den Erfordernissen des  
3017 Tierschutzes gerecht werden. Daher wird die rot-grüne Koalition das Jagdrecht novellieren und dabei auch die  
3018 Jagd in EU-Vogelschutzgebieten thematisieren. Es soll ein konstruktiver und fachlich orientierter Dialog mit  
3019 allen Betroffenen und Beteiligten beginnen.

**3020 Waldnutzung und Waldbewirtschaftung**

3021 Die rot-grüne Koalition will eine naturnahe Waldbewirtschaftung für alle Waldbesitzarten erreichen. Sie will das  
3022 Gesetz über den Wald und die Landschaftsordnung (NWaldLG) zu einem Landeswaldgesetz weiterentwickeln,  
3023 das stärker an Kriterien naturnaher Waldbewirtschaftung ausgerichtet ist. Den Waldumbau will sie im  
3024 Privatwald vorantreiben und entsprechend fördern. Der Wald als Arbeitsplatz wird zukünftig auch beachtliche  
3025 neue Beschäftigungspotenziale im Rahmen einer verantwortungsvollen und zukunftsfähigen Bewirtschaftung  
3026 der Wälder bieten. Niedersachsen braucht gut ausgebildete und tariflich entlohnte Waldfacharbeiterinnen und  
3027 Waldarbeiter sowie Försterinnen und Förster.

3028 Es ist Aufgabe der Politik, den öffentlichen Wald vorbildlich zu schützen und zu bewirtschaften. Deshalb lehnt  
3029 die rot-grüne Koalition einen weiteren Verkauf von Waldflächen der Niedersächsischen Landesforsten und eine  
3030 Privatisierung der Landesforsten ab. Sie wird das bisherige Waldbauprogramm der Landesforsten (LÖWE)  
3031 unter stärkerer Berücksichtigung von ökologischen Standards und der Orientierung am Gemeinwohl  
3032 weiterentwickeln. Ein Beirat soll einen breiteren Konsens und mehr Beteiligungsmöglichkeiten für eine  
3033 nachhaltig-ökologische Waldpolitik erzielen.

3034 Die rot-grüne Koalition wird den Schutz und die Wiedervernässung von Waldmooren als direkte  
3035 Klimaschutzmaßnahme zügig einleiten und fördern sowie an der Umsetzung der Nationalen  
3036 Biodiversitätsstrategie arbeiten.

### 3037 **Stärkung einer nachhaltigen, innovativen und konkurrenzfähigen Fischerei**

3038 Die niedersächsische Küsten- und Binnenfischerei bietet gesunde, frische Lebensmittel und prägt das  
3039 touristische Bild an der Nordseeküste. Die rot-grüne Koalition unterstützt in einem breiten Dialogprozess die  
3040 nachhaltige Nutzung von Krabben-, Muschel- und Fischbeständen. Sie will traditionelle, innovative  
3041 Fischereibetriebe stärken. Förderungen inkl. EE(M)F-Mittel der EU sollen ausgeschöpft und gezielt für  
3042 Verbesserungen in der Fangtechnik eingesetzt werden, um weniger unerwünschten Beifang, höhere  
3043 Selektivität und geringeren Treibstoffverbrauch zu erzielen. Der Mindestbetrag für Förderungen wird gesenkt,  
3044 um kleine Betriebe zu ertüchtigen und konkurrenzfähiger zu machen. Die Direktvermarktung wird gefördert.

3045 Niedersachsen wird sich mit anderen Küstenländern abstimmen, um sein Interesse an einer nachhaltigen,  
3046 selektiven und ökologisch verträglichen Fischerei im Bund und in der EU durchzusetzen. Fischern soll in  
3047 bestimmten Grenzen mehr Eigenverantwortung übertragen werden (ergebnisorientiertes Management). Die  
3048 Vielfalt in der Küstenfischerei ist grundsätzlich zu stärken, da die Befischung mehrerer Zielarten die  
3049 Wahrnehmung des gesamten Ökosystems erleichtert, natürliche Schwankungen ausgleicht und mehr  
3050 Anregungen zur Entwicklung neuer Fangmethoden bietet.

### 3051 **Agrarstruktur und -verwaltung**

3052 Die rot-grüne Koalition wird

- 3053 • die vorhandenen Strukturen in der Agrarverwaltung mit dem Ziel überprüfen, die hoheitlichen  
3054 Aufgaben von der Selbstverwaltung zu trennen und die zukünftige Förderpolitik für die ländlichen  
3055 Räume in einer Hand zu bündeln.
- 3056 • sich mit einer Bundesratsinitiative für die Abschaffung der Hofabgabeklausel einsetzen.
- 3057 • angesichts steigender Pachtpreise Anpassungen am Grundstücksverkehrsrecht prüfen.
- 3058 • alle Stiftungen evaluieren, an denen Niedersachsen beteiligt ist, sowie die Mittel (Forschungs-  
3059 )Projekte in die Bereiche Tierschutz, Regionalförderung, Erneuerbare Energien, Ökologischer  
3060 Landbau, Lebensmittelqualität, Naturschutz und Klimaschutz umschichten.

3061